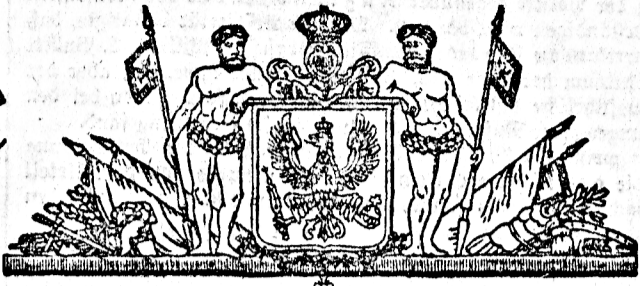


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Gegen die politischen Streiks.

Eine englische Warnung an Alle

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

W Kopenhagen, 25. August.

Der Verband der englischen Gewerkschaften hat seinen Jahresbericht herausgegeben, der u. a. folgende ernsthafte Warnung enthält: Die Zeit zwischen November dieses Jahres und Mai nächsten Jahres wird schicksalsschwer werden, wenn nicht gesunde Verhältnisse zurückkehren und die Produktion vermehrt wird. Die Arbeiter sind zu Streiks verhetzt worden, die vermieden werden konnten und die Gelder des Verbandes sind nutzlos vergebend. Einige Streiks haben deutlich politischen Charakter getragen. Politische Streiks müssen aber mißglücken oder zur Revolution führen. Sie richten sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Gesamtheit des Volkes, das darunter leidet. Die Regierung muß Mittel gegen solche Streiks finden oder ihr Amt niederlegen. Die Wirkung aller Streiks ist nur die Verminderung der Produktion und die Steigerung der Preise. In Anbetracht des ersten Mangels an allen Bedarfsartikeln ist es bringend notwendig, daß die Mitglieder der Gewerkschaften den Tatsachen ins Auge blicken und nicht vergessen, daß der Krieg zu Ende ist und die Konkurrenz zwischen den Völkern wieder begonnen hat, daß Lebensmittel und Materialien von anderen Ländern hierher gebracht werden und daß sie mit Waren und nicht mit Papier bezahlt werden müssen.

Hoover prophezeit den Zusammenbruch Mitteleuropas.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

W Kopenhagen, 25. August.

Der amerikanische Lebensmittelinspektor Hoover ist nach Paris zurückgekehrt und hat sich entsetzt über seine Eindrücke in Mitteleuropa und besonders in Schlessien und Budapest geäußert.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Antlich wird mitgeteilt: Bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf fand heute eine Besprechung statt über die Einrichtung der neuen Verkehrsverhältnisse, die auf Wunsch der Alliierten für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet eingerichtet werden sollen. An dieser Besprechung, die unter Leitung des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission Herrn Oberbürgermeister Williams, stattfand, nahmen Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsministers des Innern, des Regierungspräsidenten, der Kommunalen und der Handelskammern teil. Es wurde vereinbart, daß auf volle Verkehrsfreiheit bei Ratifizierung des Friedens hingewirkt werden soll. Inzwischen wird die Einrichtung der neuen Verkehrsverhältnisse so sehr wie möglich beschleunigt werden, und es werden unausgeglichen Verhandlungen mit der Entente wegen Beschleunigung und Vereinfachung der Passformalitäten aufgenommen werden.

Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die neuen Passvorschriften noch nicht in Kraft getreten sind. Passanträge müssen daher vorerst noch auf dem bisherigen Wege eingereicht werden. Sobald eine Änderung eintritt, wird eine Veröffentlichung in der Presse erfolgen.

Die Neger fordern das Selbstbestimmungsrecht

Drahtmeldung.

Amsterdam, 25. August.

Das Pressebüro Radio meldet die „New York Times“ aus Washington, daß die Negeragitatoren, unterstützt von den radikalen Elementen im Lande, einen Feldzug zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes für Neger eröffnet haben.

Die Ententetruppen in Nordrußland.

Drahtbericht der „Wossischen Zeitung“.

W Kopenhagen, 25. August.

In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes über die starken Angriffsvorbereitungen an der Archangelskfront können wir noch mitteilen, daß nicht nur englische Truppen in großem Maße in den Murmanhäfen ankommen, sondern auch französische. Die amerikanischen Soldaten sind alle zurückgezogen, dagegen finden sich noch Serben und Italiener. Der Korrespondent des „Lidenstagen“ hat, als die Gefangenenerlager an der Murmanhäfen

Mitteleuropa sei auf dem Wege zum völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch, so erklärte er. Er prophesiert den Ruin unseres Kontinents, wenn nicht die Produktionskräfte vermehrt werden. Der Feind, der bekämpft werden müsse, sei zunächst der Geist des Bolschewismus und der Geist, der das Wirtschaftsleben amorganisieren will. Wir können, so erklärt Hoover, Mitteleuropa nicht zugrunde gehen lassen. Denn in dem Augenblick, der dadurch entsteht, würden wir selbst stürzen.

Die Transportkrise in Frankreich.

Drahtmeldung.

Verailles, 25. August.

Der Oberste Rat behandelte eingehend die Kohlenfrage, über die Minister Loucheur Bericht erstattete. Nach seiner Ansicht erklärt sich die Schwierigkeit nicht nur aus der Förderungsverminderung, sondern auch aus der Transportlage. Er teilte mit, daß demnächst eine Kommission nach Polen reise, um dort die Kohlenfrage zu studieren. Nach „Petit Journal“ bestehen auch Transportbeschwerden im Saargebiet, und im Pas de Calais lagern 100 000 Tonnen, die nicht abgefahren werden können.

Die Erwerbslosen und die Kohlennot.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Hamburg, 25. August.

Der Erwerbslosenzentralrat, der gestern zu Ende ging, hat noch einige Entschlüsse angenommen, die seiner bisherigen Haltung entsprechen. Er fordert von der Regierung, dafür zu sorgen, daß auf dem schnellsten Wege für den Winter Kohlen zu ermäßigten Preisen geliefert werden, widrigenfalls die Erwerbslosen gezwungen seien, zur Selbsthilfe zu greifen. Diese Forderung an die Regierung steht im einigem Widerspruch zu dem neulichsten Beschluß des Kongresses, die Regierung keinesfalls bei der Förderung der Kohlenproduktion unterstützen zu wollen.

Besucht wurden, dort ein buntes Völkergemisch aller möglichen Rassen angetroffen. Er stellt jedoch fest, daß Chinesen und andere Mongolen weitaus in der Ueberzahl sind und bestreitet damit die Nachricht, daß die Bolschewisten zur Ausfüllung ihrer Reihen chinesisches Gesindel in weitestem Umfange herangezogen haben.

Daß eine umfassende Angriffsbewegung demnächst zu erwarten ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß die Engländer einen ihrer unternehmungstüchtigsten Generale, Kaulfons, nach Archangelsk geschickt haben. Es heißt zwar, daß er nur die Rückkehr der regulären britischen Truppen leiten solle, aber man darf nicht vergessen, daß ihm in freiwilligen Truppen zurzeit eine so starke Macht zur Verfügung steht, wie sie niemals an jener Front versammelt war.

Die Neubesetzung der Gesandtenposten.

Der auf Grund der Verfassung eingesetzte Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Fragen tritt bereits morgen um 11 Uhr im Auswärtigen Amt zusammen. Den Vorsitz führt Wg. Hausmann, da Herr Scheidemann noch nicht von seinem Urlaub zurückgekehrt ist. Als Beratungsgegenstand gilt vor allem die Frage der Besetzung einiger Außenposten. Hier kann in der Tat nicht früh und nicht energisch genug die Notwendigkeit betont werden, daß die Auswahl den neuen Verhältnissen Rechnung tragen muß und daß der sachverständigen Kritik Raum gegeben wird, bevor noch vollendete Tatsachen geschaffen sind. Vor allem muß der Ausschuss sich Klarheit darüber verschaffen, welche Stelle die entscheidenden Vorschläge zu machen hat, und nach welchen Gesichtspunkten diese Vorschläge erfolgen.

Der amerikanische Senatsauschuss ändert die Schantungklausel.

Amsterdam, 25. August.

Wie das Pressebüro „Radio“ aus Washington meldet, hat der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten eine vom Senator Lodge vorgeschlagene Abänderung des Friedensvertrages angenommen, bezwölge China statt Japan den Hafen von Schantung übernimmt.

Nach „Chicago Tribune“ verlangt Amerika hauptsächlich als Entschädigung für die Torpedierung der „Rustiantia“ die kleine Insel Yap, die zu den Karolineninseln gehört, um dort eine Marinestation und besonders eine Funkenstation zu errichten.

Langing auf dem Zeugenstand.

Von unserem Berichterstatter.

* New York, im August.

Die große Offensiv des amerikanischen Kongresses gegen Wilson hat begonnen. Bisher haben zwar nur Vorpostengefechte stattgefunden, aber es ist doch jedem klar, daß nun endlich der längst erwartete Vorstoß der republikanischen Kongressmehrheit in der allgemeinen Richtung der nächstjährigen Präsidentschaftswahlen eingeleitet hat. Ueber das nächste Ziel des Angriffsbewegung ist man sich im republikanischen Lager offenbar noch nicht ganz klar. Der Kampfesmut ist groß, denn man weiß, daß die Stunde gekommen ist, um Vergeltung zu üben. Die Giganten unter den Republikanern möchten am liebsten dem Präsidenten den ganzen Friedensvertrag mißfamt dem Völkerbund-Pakt in Fesseln vor die Füße werfen, aber die Besonnenen warnen vor übereilem Handeln. Sie wissen, daß das Volk des langjährigen Krieges müde ist, daß es ein Ende sehen will und daher voraussichtlich sehr wenig Verständnis für eine Taktik zeigen würde, die darauf hinarbeitet, das ganze Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz über den Haufen zu werfen.

Die Republikaner werden sich bei ihrem wohl vorbereiteten Angriff auf Wilsons angelegentlichste Weltpolitik, die den Lodge und Genossen im Grunde ja nicht ganz unsympathisch ist, nicht von sachlichen Erwägungen, sondern lediglich von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen. Es muß ihnen also darauf ankommen, den Präsidenten, und mit ihm die demokratische Partei nach Möglichkeit in Mißkredit zu bringen, ohne daß dabei die Arbeit der Pariser Konferenz ernstlich gefährdet und die wirtschaftliche Rekonstruktion hier im Lande gestört wird. Zugleich aber muß auch etwas praktische Reformarbeit an dem Friedensvertrag oder doch zum mindesten an dem Völkerbund-Pakt geleistet werden, damit auch der sogenannte radikale Flügel der republikanischen Partei auf seine Kosten kommt. Ohne die Radikalen würde die Partei nämlich ihr numerisches Uebergewicht verlieren. Man darf darauf gespannt sein, wie die gewiegten Praktiker vom Schlage der Lodge und Penrose diese etwas komplizierte Aufgabe lösen werden.

Der Anfang ist vielversprechend. Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat nämlich den Versuch unternommen, das Verhalten des Präsidenten in Paris durch seine eigenen und berufenen Mitarbeiter kritischer zu lassen, und man muß sagen, daß der Versuch nicht schlecht zugeht. Die Kommission hatte den Staatssekretär Lansing geladen, angeblich um von ihm Aufschlüsse über den Friedensvertrag zu erlangen. Der eigentliche Zweck des Verhörs war aber wohl der, aus dem Munde des amtierenden Staatssekretärs die Haltung Wilsons auf der Friedenskonferenz kommentieren zu lassen. Das Verhör ergab zwar keine sensationellen Enthüllungen, aber doch einige interessante Aufschlüsse, die für die geschichtliche Beurteilung der Konferenz von Wichtigkeit sind.

Zwei volle Stunden lang mußte der Staatssekretär dem Kreuzfeuer der Fragen standhalten, die die Mitglieder der Kommission an ihn richteten. Herr Lansing lautierte in der stürmischen See mit bemerkenswertem Geschick. Die meisten Fragen beantwortete er ausweichend, zuweilen aber gab er mit staunenswerter Offenheit Auskünfte, die für seinen hohen Chef nicht immer zünftig lauteten. So gab der Staatssekretär auf eine diesbezügliche Frage unumwunden zu, daß der Friedensvertrag nicht in vollem Einklang mit den beschlossenen vierzehn Punkten stehe. Er entschuldigte dies aber mit dem Hinweis, daß es sehr schwierig sei, bei 23 Nationen über irgend eine Frage eine reifliche Verständigung herbeizuführen. Als die Strafverfolgung des ehemaligen Kaisers zur Sprache kam, erklärte Lansing, daß er selbst Mitglied der Kommission gewesen sei, die in Paris mit der Untersuchung über die Frage betraut war, wer die Verantwortung für den Krieg trage. Die Kommission sei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Kaiser die Verantwortung für den Krieg trage und wegen Vertragsbruchs auszuliefern und vor ein Tribunal zu stellen sei. Die amerikanische Regierung habe sich jedoch diesem Befund nicht angeschlossen. Senator Borah knüpfte daran einige Fragen:

„Ihre Ansicht, daß es keine gesetzliche Handhabe zur Strafverfolgung des Kaisers gebe, läßt vermuten, daß Sie nicht wollten, daß ein solcher Prozeß überhaupt statfinde.“

„Das habe ich nicht gesagt.“

„Sie wollen ihn doch nicht ohne gesetzliche Handhabe unter Anklage stellen?“

„Nein. Er könnte aber im Interesse der internationalen Politik zur Verantwortung gezogen werden.“

„Wie Napoleon etwa?“

„Ja.“

Senator Williams warf hier ein, daß Napoleon nicht gerichtlich verurteilt, sondern ohne Gerichtsbeschluss nach St. Helena verbannt worden sei. Senator Knox fragte, warum es dann nötig sei, den Vorwand eines Gerichtsbeschlusses zu gebrauchen? Senator Lodge wies darauf hin, daß Napoleon sich an Bord eines britischen Kriegsschiffes in Gefangenschaft begeben habe und daß man mit ihm als einem Kriegsgefangenen verfahren sei, während der Kaiser kein Gefangener sei. Damit endete die Diskussion über diesen Punkt.

In bezug auf den Völkerbund erzählte Herr Lansing, daß der amerikanische Originalentwurf von dem Präsidenten selbst stamme. Er weigerte sich aber, der Kommission diesen Entwurf vorzulegen. Des weiteren erklärte er, daß er selbst ebenfalls einen Entwurf der amerikanischen Friedenskommission vorgelegt habe, daß dieser Entwurf jedoch keine Beachtung fand. Hier stellte Senator Brandegee die folgende Frage: